

Er scheint alle 14 Tage.  
Wertel. Bezugspreis  
1,50 Mk.  
Zu beziehen im Verlag  
„Die Etzche“, Berlin  
N.D. 55, Greifswalder  
Straße 222.

# Die Etzche

Anzeigen für die sechs-  
gestaltete Beilage  
20 Pfg.  
Arbeitsmarkt 15 Pfg.  
Ortsvereinsanzeigen  
10 Pfg.

Organ des Gewerksvereins der Holzarbeiter Deutschlands (S.-D.)

Nr. 7/8

Berlin, den 21. Februar 1930

41. Jahrg.

Fernsprechanstalt  
Alexander 4719

Alle Zuschriften für „Die Etzche“ an P. Volkman, Greifswalder Straße 222. Alle für das Hauptbüro des Gewerksvereins bestimmten Postfächer sind zu adressieren: Gewerksverein der Holzarbeiter Deutschlands, Berlin N.D. 55, Greifswalderstr. 222, Postfach 39321 beim Postfachamt Berlin N.D. 7. Samtl. Geldsendungen an M. Schumacher, Berlin, N.D. 55, Greifswalderstr. 222, Postfach 39321 beim Postfachamt Berlin N.D. 7.

Fernsprechanstalt  
Alexander 4719

## Deutschlands Sozialpolitik.

„Der Heimatdienst“ bringt in seinem ersten Februarheft 1930 eine von Regierungsrat Dr. Joachim Fischer verfasste Abhandlung über die Sozialpolitik, die außerordentliches wertvolles Material in sich birgt und von allgemeinem Interesse ist. Es heißt dort:

Sozialpolitik will mit warmem Herzen, aber mit klarem Verstande betrieben sein. Bei der Durchführung dieser ebenso bedeutungsvollen wie schwierigen Aufgabe ist die Sozialstatistik eine wertvolle Helferin. Sie gibt, um nur einiges hervorzuheben, Aufklärung über die Zusammenfassung der wertvollen Massen und über das bauernwerte Heer der Arbeitslosen, der Unfallverletzten, der Kranken und sonstigen Arbeitsunfähigen, der Kriegsveteranen und ihrer Hinterbliebenen; sie veranschaulicht das große Wirken unserer sozialen Versicherung. In ihren Zahlen spiegelt sich viel Not und Elend wieder, aber auch das, was zur Bänderung der Not geschieht ist. Die Zahlenreihen der Sozialstatistik füllen bei der Vielseitigkeit der sozialen Aufgaben viele Bände. Sie sind in ihrer Verbreitung und Vertiefung in erster Linie für den Sozialpolitiker von Bedeutung. Die wichtigsten Ergebnisse der Sozialstatistik aber verdienen allgemeine Kenntnis.

Von Deutschlands Gesamtbevölkerung, die 1925 ohne das Saargebiet rund 62,5 Millionen betrug, sind mehr als die Hälfte, nämlich 32 Millionen hauptberuflich erwerbstätig. Während die Gesamtbevölkerung seit dem Jahre 1907 nur um 13,5 v. H. zugenommen hat, hat sich seitdem die Zahl der Erwerbstätigen um 27,2 v. H. vermehrt. In dieser Tatsache drücken sich deutlich die Folgen von Krieg und Inflation aus, die weite Kreise, namentlich Frauen, neu in das Erwerbsleben hineingezwungen haben. Eine große Rolle spielt dabei freilich auch der veränderte Altersaufbau der Bevölkerung, die infolge des Geburtenrückganges weniger Kinder, mehr Erwachsene umfaßt. Diese Tatsache wird oft übersehen, sie ist aber für die Sozialpolitik, namentlich die Sozialversicherung, die Wohnungsnot und den Arbeitsmarkt von größter Bedeutung. Innerhalb der Erwerbstätigen hat sich seit der Vorkriegszeit die Zahl der Unselbständigen, der Arbeiter, Angestellten und Beamten, viel stärker vermehrt als die der selbständigen Existenzen. Der Anteil der in der Landwirtschaft Tätigen ist gegenüber der Vorkriegszeit zugunsten der Industrie stark zurückgegangen.

Die wirtschaftlichen Auswirkungen der Störung der Weltmärkte durch den Krieg spiegeln sich wohl am deutlichsten, zugleich auch am schrecklichsten in den Zahlen der Arbeitslosen wieder. Die Arbeitslosigkeit, diese Geißel der Arbeiterschaft, ist eine internationale Erscheinung, unter der allerdings die deutschen Arbeitnehmer besonders schwer zu leiden haben. Während in der Vorkriegszeit sich die Arbeitslosigkeit im allgemeinen — genaue Zahlen liegen nicht vor — in mäßigen Grenzen hielt, wurden nach dem Kriege Millionen unserer Volksgenossen von ihr betroffen. Bedeutende Summen hat die Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren verschlungen. Zur Unterstützung der Erwerbslosen mußten im Kalenderjahre 1928 fast 1 Milliarde RM. ausgegeben werden; dazu kommen noch Millionenbeträge, die für Notstandsarbeiten und dergleichen bereitgestellt wurden.

Die Höhe die der einzelne Arbeitslose erhält, bemißt sich nach seinem früheren Arbeitsverdienst und der Größe seiner Familie. Man rechnet mit einem Unterstützungssatz von etwa 65 RM. monatlich für die Erwerbslosen mit Frau und einem Kind — eine Summe, die sicherlich nicht übermäßig hoch ist. Das ist aber nur ein errechneter Durchschnittssatz, der sowohl unterschätzt wie überschätzt wird. Der niedrigste Unterstützungssatz beträgt 6 RM., der höchste überhaupt erreichbare Satz für einen Arbeitslosen mit großer Familie 37,80 RM. wachsend.

Eines der wichtigsten Elemente im Gefüge der deutschen Sozialpolitik bildet die Sozialversicherung. Sie versichert den deutschen Arbeitnehmer nach dem Grundsatz der Solidarität gegen Krankheit und Unfall, Berufsunfähigkeit und Invalidität, für den Fall der Altersrente und des

Todes. Sie sucht ihn und sein kostbares Gut, seine Arbeitskraft, gegen die Wechselfälle des Lebens im Rahmen des Möglichen zu schützen. Sie zerfällt in die Kranken-, Unfall-, Invaliden-, Angestellten- und Knappschaftsversicherung. Es sind gewaltige Zahlen, die in den Hauptbüchern der Versicherungsträger erscheinen. In der Krankenversicherung sind in rund 7500 Krankenkassen etwa 22 Millionen Personen versichert. Die Beiträge, die zu zwei Dritteln von den Versicherten, zu ein Drittel von ihren Arbeitgebern aufgebracht werden, werden von den Rassen in Prozenten des Lohnes festgesetzt; im Reichsdurchschnitt betrug der Beitrag 1927 etwa 6 v. H. des Grundlohnes. Die Gesamteinnahmen aller Krankenkassen einschließlich Ersatzklassen betragen 1928 etwa 2,1 Milliarden RM., die Ausgaben etwa 2 Milliarden RM. Die Reingaube je Mitglied betrug im Reichsdurchschnitt 1928 90,30 RM.

In der Invalidenversicherung sind etwa 18 Millionen Arbeiter und ihre Hinterbliebenen gegen die Folgen der Berufsunfähigkeit, des Alters und des Todes versichert, während die Angestellten ihre eigene Versicherung haben. Träger der Invalidenversicherung sind 29 Landesversicherungsanstalten und 6 Sonderanstalten. In Einnahmen hatten die Versicherungsträger im Jahre 1928 rund 1,5 Milliarden RM., die größeren Teil aus den gleich hohen Beiträgen der Versicherten und ihre Arbeitgeber (1075 Mill. RM.) zum kleineren Teile aus Reichszuschüssen und Reichsbeiträgen (520 Mill. RM.) und sonstigen Einnahmen insbesondere Zinsen (120 Millionen Reichsmark), sich zusammensetzen. Die Ausgaben der Versicherungsträger, ohne die Reichsleistungen, betragen 806 Millionen RM. Die Beiträge sind nach den Lohnklassen verschieden; im Durchschnitt des Jahres 1928 betrug der Beitrag je Kopf des Versicherten 1,40 RM. wachsend. Die Invalidenversicherung versorgt zur Zeit etwa 1 950 000 Invaliden, 390 000 Wittwen und 735 000 Waisen. Das bedeutet eine dreifache Steigerung der Rentenbezieher gegen die Vorkriegszeit. Dabei ist der Beharrungszustand in der Invalidenversicherung bei weitem noch nicht erreicht; jährlich kommen etwa 150 000 Rentner mehr hinzu. Die monatliche Durchschnittsrente des Invaliden oder über 65 Jahre alten Arbeiters beträgt zur Zeit 33 RM., die des qualifizierten Industriearbeiters 35—40 RM., die des Landarbeiters 25—30 RM. Gewiß sind damit die Renten der Vorkriegszeit nominal erreicht; es kann aber keine Rede davon sein, daß sie zum Lebensunterhalt tatsächlich ausreichen, so daß die Fürsorge und die Verwandten einspringen müssen. Bei der großen Zahl der Rentenempfänger bedeutet andererseits jede noch so geringe Erhöhung der Renten für die Allgemeinheit eine Mehrbelastung von vielen Millionen.

In der Angestelltenversicherung sind rund 3,3 Millionen Personen gegen Berufsunfähigkeit und für den Todesfall versichert. Sie umfaßt alle Angestellten mit einem Jahreseinkommen bis zu 8400 RM. Es besteht nur ein Versicherungsträger, die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte. Die Einnahmen dieser Anstalt betragen 1928 390 Millionen RM. Davon bestanden 317 Millionen RM. aus den nach Beitragsklassen gestaffelten gleich hohen Beiträgen der versicherten Angestellten und ihrer Arbeitgeber. Reichszuschüsse erhält die Angestelltenversicherung nicht; wohl aber hat sie 1928 etwa 67 Millionen RM. Zinseinnahmen gehabt, da sie als junger Versicherungszweig mit zunächst verhältnismäßig wenig Rentenberechtigten seit der Stabilisierung ein Vermögen von etwa 1 Milliarde RM. ansammeln konnte. Die Zahl der Renten nimmt aber sehr rasch zu. 1920 waren 1245, 1928 dagegen 74 796 Ruhegehaltsempfänger vorhanden; ihre Zahl hat sich seit 1920 also mehr als das 50fache erhöht. Eine nicht so starke Aufwärtsbewegung hat die Zahl derjenigen Personen genommen, die Hinterbliebenenrente aus der Angestelltenversicherung beziehen. Immerhin waren es 1928 etwa 50 000 Witwen- und 30 000 Waisenrenten. Die durchschnittliche Höhe der monatlichen Ruherente, die sich aus Grund- und Steigerungssätzen zusammensetzt, beträgt zur Zeit etwa 64 RM., 1929 ist für solche Angestellte, die schon längere Zeit arbeitslos sind, das Alter, das zum Bezuge der Rente berechtigt, von 65 auf 60 Jahre herabgesetzt und

allgemein die Anwartschaftszeit von zehn auf fünf Jahre verkürzt worden. Die Ausgaben der Angestelltenversicherung betragen 1928 121 Mill. RM.

Die Unfallversicherung entschädigt die Folgen von Betriebsunfällen von Arbeitnehmern in den meisten gewerblichen und in allen landwirtschaftlichen Betrieben. Unter ihrem Schutze stehen auch Unternehmer, besonders in der Landwirtschaft. Sie umfaßt 1928 etwa 957 000 gewerbliche Betriebe mit 11,9 Millionen Versicherten und 4,6 Millionen landwirtschaftliche Betriebe mit etwa 14 Millionen Versicherten, außerdem auch Betriebe des Reiches, der Länder, Gemeinden usw. mit etwa 900 000 Versicherten; insgesamt sind schätzungsweise etwa 27 Millionen Menschen gegen Unfälle versichert. Träger der Unfallversicherung sind 66 gewerbliche, 40 landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften und etwa 500 Ausführungsbehörden. Die Zahl der Unfälle, die in der Unfallversicherung gemeldet bzw. entschädigt werden, zeugt bereits von den Gefahren der Arbeit.

Nach dem Grundsatz: „Vorbeugen ist besser als Heilen“ beschränkt sich die Unfallversicherung nicht darauf im Falle des Unfalles Renten zu zahlen, sie treibt auch im großen steigendem Umfange Unfallverhütung. Die Kosten der Unfallversicherung werden ausschließlich von den Unternehmern im Umlageverfahren getragen. Die Höhe der Renten wird nach der Schwere der Verletzung nach Bruchteilen des Jahresdurchschnittslohnes bemessen. Die Gesamteinnahmen der Unfallversicherung betragen 1928 rund 400 Millionen RM., ihre Ausgaben 378 Millionen RM.

Schon frühzeitig hat sich die Erkenntnis Bahn gebrochen, daß der Bergmann, der den gefährlichsten und aufreibendsten Beruf hat, auch eines besonderen Versicherungsschutzes bedarf. Durch das Reichsknappschaftsgesetz ist seit dem 1. Januar 1924 die bis dahin bestehende Zerplitterung des Knappschaftswesens beseitigt und ein Versicherungsträger die Reichsknappschaft, für das ganze Reich geschaffen worden. Die Reichsknappschaft gewährt den Versicherten für den Fall der Bergertigkeit, d. h. der Berufsunfähigkeit für den Bergbau, eine besondere Rente, die neben der allgemeinen Invalidenpension bezogen werden kann. Sie umfaßt Anfang 1929 etwa 760 000 Versicherte, denen insgesamt etwa 360 000 Rentenbezieher gegenüberstehen. Auf 2,8 Mitglieder entfällt demnach ein Rentenbezieher, während in der allgemeinen Invalidenversicherung erst auf 7 Mitglieder eine Renteneinheit entfällt. Das Mißverhältnis in der Knappschaftsversicherung erklärt sich aus der wirtschaftlichen Lage des Bergbaues. Diese läßt einerseits die Beschäftigten zahlenmäßig sinken und hat andererseits eine steigende Anzahl von Anträgen auf Ruhegehalt zur Folge. Die Einnahmen der Reichsknappschaft betragen 1928 insgesamt 230 Millionen RM., die zum allergrößten Teil aus den Beiträgen stammten. Die Versicherten tragen drei Fünftel, die Arbeitgeber 2 Fünftel. Im Verhältnis zum Lohn sind die Beiträge mit Rücksicht auf das eben geschilderte ungünstige Verhältnis von Beitragszahlern und Rentenbezieher sehr hoch; sie betragen Ende 1928 für Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammen etwa 13 v. H. des Lohnes. Daneben müssen die Bergleute und ihre Arbeitgeber auch Beiträge zur Invaliden-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung entrichten. Insgesamt betrug die Belastung des Lohnes (Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteil) bei den Bergleuten etwa 28,4 v. H. Die Ausgaben der Knappschaft betragen 1928 rund 227 Millionen RM. Die Einnahmen decken also die Ausgaben. Da die finanzielle Lage der Knappschaft bei der abnehmenden Tendenz der bergmännischen Beschäftigtenzahlen aber immer ungünstiger wird, ist das Reich im laufenden Jahre mit Zuschüssen zur Beitragsentlastung helfend eingegriffen.

Zieht man die zahlenmäßige Bilanz aus den vorstehenden Ausführungen über die Sozialversicherung, so ergibt sich, welche weite Kreise des Volkes von ihr betreut werden, und um welche gewaltigen Geldsummen es sich handelt. Das ständige Steigen des Versicherungsaufwandes ist aber weniger auf den geschätzten Aufbau der Versicherung zurückzuführen, als vielmehr vorwiegend auf die großen Veränderungen im Altersaufbau,

Zusammenhang und Gesundheitszustand der Bevölkerung, auf den Vermögensverfall der Versicherungsträger durch die Inflation und die allgemeine Geldentwertung. Nur wenn man sich diese Tatsachen und zugleich die gar nicht abzuschätzenden Segnungen der Sozialversicherung für Gesundheit und Arbeitskraft vor Augen hält, kann man zu einer richtigen Würdigung des Versicherungsaufwandes gelangen.

Von einschneidender Bedeutung für die Lebenshaltung des einzelnen Arbeitnehmers ist die Höhe des von ihm verdienten Lohnes. Das starke Vordringen der Tarifverträge - am 1. Januar 1928 standen insgesamt 8178 Tarifverträge in Geltung, die 912.000 Betriebe und 12,2 Millionen Arbeitnehmer umfassen - hat in der Nachkriegszeit die statistische Erfassung des Tariflohnes erleichtert. Nach der Stabilisierung wurden die Löhne entsprechend den damaligen Geldverhältnissen niedrig festgesetzt. Seitdem ist ein fast ständiges Steigen der Lohnhöhe zu verzeichnen, das in seinen Auswüchsen allerdings teilweise durch die Verteuerung der Lebenshaltung ausgeglichen wurde. Ueber die Entwicklung des Lohnniveaus gibt die nachstehende Tabelle Auskunft:

**Tarifmäßige Wochen-Verdienste gelernter und ungelernter Arbeiter im gewogenen Durchschnitt der wichtigsten Gewerbegruppen (in Reichsmark).**

	Gelernte:	Ungelernte:
April 1924	31,11	23,33
.. 1925	40,54	30,11
.. 1926	45,21	33,60
.. 1927	47,14	35,50
.. 1928	49,99	37,77
.. 1929	52,54	40,65

Bei der Würdigung der vorstehenden Ziffern darf man einerseits nicht übersehen, daß die Goldlöhne nach der Stabilisierung außerordentlich niedrig festgesetzt wurden, daß von den Verdiensten noch die nicht unerheblichen Sozialabgaben und Steuern in Abzug kommen und daß bei der gegenwärtigen Lage des Arbeitsmarktes das Einkommen des einzelnen Arbeitnehmers oft durch Perioden von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit wesentlich gekürzt wird. Andererseits haben Erhebungen des Statistischen Reichsamtes ergeben, daß häufig über die tarifmäßigen Löhne hinaus durch Akkordarbeit Mehrverdienst erzielt wird, so daß das Niveau der tatsächlich verdienten Löhne über den Stand der tarifmäßigen Löhne sich erhebt.

Eine große Rolle in den Ausgabenposten der staatlichen Sozialpolitik spielt die Versorgung der Kriegsoffer und ihrer Hinterbliebenen. Nach der letzten amtlichen Zählung von 1928 sind nicht weniger als 807.000 Kriegsbeschädigte zu betonen. Daneben müssen, um nur die wichtigsten Gruppen zu nennen, 361.000 Kriegswitwen und über 700.000 Voll- und Halbwaisen von Kriegern unterstützt werden. Für die Versorgung all dieser bedauernswerten Opfer des Krieges hat das Reich im Etatsjahre 1928 rund 1,5 Milliarden RM. aufgewendet.

Neben der Sozialversicherung und der Kriegsofferversorgung steht ergänzend die Fürsorge, d. h. die sogenannte Wohlfahrtspflege, der in der Nachkriegszeit der entsetzliche Charakter der Armenpflege genommen worden ist. Sie hat auch die durch die Inflation ihres Vermögens beraubten Kleinrentner zu betreuen. Im Jahre 1927 wurden von den rund 1100 Bezirksfürsorgeverbänden etwa 2,4 Millionen Parteien unterstützt, darunter 400.000 Kleinrentner, 719.000 Rentenbezieher der Sozialversicherung und 111.000 Kriegsbeschädigte. Die Kosten hierfür beliefen sich auf rund 889 Millionen RM.

Zur Sozialpolitik im weiteren Sinne gehört auch die Bekämpfung der Wohnungsnot, insbesondere der Kleinwohnungsbau. Die Kapitalknappheit und der dadurch bewirkte hohe Zinsfuß haben neben andern Umständen in der Nachkriegszeit das Bauen so erschwert, daß ohne staatliche Hilfe der Wohnungsbau mehr oder weniger zum Erliegen gekommen wäre. Der Fehlbetrag an Bauzuträglichkeit während der Kriegsjahre hervorgerufen worden ist und der i. Zt. auf etwa 600-800.000 Wohnungen berechnet worden ist, wäre dadurch ins Ungemessene gewachsen. In den Nachkriegsjahren ist es trotz vielfältiger Samwierigkeiten gelungen, folgende Zahlen an Neubauwohnungen zu erzielen, die freilich in ihrer Auswirkung für den Wohnungsbestand durch Abbrüche usw. eine gewisse Minderung erfahren haben:

1-15	6.861
1-2	1-8.307
1-21	141.498
1-22	134.970
1-23	125.940
1-24	115.375
1-25	104.812
1-26	220.520
1-27	306.814
1-28	330.442

Im Jahre 1929 das ähnliche Ergebnis von 1928 wieder erzielt worden ist. Ob nach nicht fest. Immerhin dürfte es nur in diesem Jahre gelungen sein, den Fehlbetrag zu vermindern. Da man glaubt, daß zur Deckung des laufenden Bedarfs der jährliche Neuzugang von etwa 225 bis 250.000 Wohnungen ausreicht.

**Die deutsche Sozialversicherung in Gefahr.**

In der ganzen Tagespresse wird jetzt lebhaft die Frage des Ausgleichs der Reichsfinanzen debattiert, wobei die Arbeitslosenversicherung im Vordergrund der Betrachtungen steht. Bei der Finanzlage des Reiches kann man es verstehen, daß der Reichsfinanzminister bestrebt ist, einen Ausgleich bzw. eine Gesundung der Finanzen herbeizuführen. Es ist auch nicht weiter verwunderlich, wenn bei dem ohne weiteres anzuerkennenden Bestreben des Ausgleichs Vorschläge gemacht werden, die unannehmbar sind. Des weiteren kommt hinzu, daß gewisse Kreise der Großindustrie wieder einmal Morgenluft wittern und den Versuch machen, gegen das ihnen verhasste Mind der Sozialversicherung Sturm zu laufen. In diesem Bestreben werden diese Kreise ganz wesentlich durch den Reichsfinanzminister unterstützt, der zur Finanzierung der Arbeitslosenversicherung mit den Landesversicherungsanstalten und der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte, einen sogenannten **Gefahrenausgleich** herbeizuführen will. Dieser Vorschlag hat glücklicher Weise bei den Regierungsparteien eine Mehrheit nicht gefunden. Wir verweisen hierbei auf die Stellungnahme des Gewerkschaftsrings, der auf der Tagung des Reichsausschusses gegen den Vorbehalt des Reichsfinanzministers eine ganz entschiedene ablehnende Haltung einnahm. Bei dem Vorschlag des Reichsfinanzministers handelt es sich in der Hauptsache um die Sanierung der Arbeitslosenversicherung, deren Mittel zur Deckung der laufenden Ausgaben nicht ausreichen.

Der § 163 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung bestimmt, daß der Reichsarbeitsminister mit Zustimmung des Reichsministers der Finanzen der Reichsanstalt Darlehen zu gewähren hat, wenn der Bedarf aus den Beiträgen nicht gedeckt werden kann. Der gesetzlich vorgeschriebene Höchstbeitrag darf 3 Prozent des für die Bemessung maßgebenden Arbeitsentgelts nicht übersteigen; er ist durch besonderes Gesetz für die Dauer eines halben Jahres, nämlich vom 1. Januar bis 30. Juni dieses Jahres, auf 3,5 Prozent erhöht worden. Tritt nun eine Veränderung nicht ein, dann muß mit einem weiteren Anwachsen des Fehlbetrages gerechnet werden, der nach angestellten Berechnungen am 31. März 1931 335 Millionen betragen dürfte. Dieser Betrag ist nach dem Gesetz vom Reich als Darlehen zu gewähren. Unter Einbeziehung dieses Betrages wird das Anwachsen der Gesamtschuld der Reichsanstalt auf 890 Millionen beziffert.

Zieht man in Betracht, daß bei einem Höchstbeitrag von 3 Prozent, wie er vom 1. Juli eventuell wieder gelten soll, die Jahreseinnahme 870 Millionen beträgt, legt dabei die Zahl der Unterstützungsempfänger zugrunde, dann ergibt sich die Tatsache, daß in den nächsten Jahren die Ausgaben durch die Einnahmen nicht gedeckt werden können, so daß eine Verschuldung der Reichsanstalt in den nächsten Jahren ständig anwachsen muß, von einer Rückzahlung der Darlehen ernstlich nicht gesprochen werden kann.

Führt man sich diese Tatsache vor Augen, dann ist in einer solchen Situation der Gedanke einer „Notgemeinschaft“ der Sozialversicherungsträger sowohl vom Standpunkt des Arbeitslosenschutzes wie auch vom Standpunkte der zunächst in Betracht gezogener Rentenversicherungsträger auf das allerhöchste zu bekämpfen. Er ist auch **arbeitsmarktpolitisch** verderblich, weil die Kapitalanlage der Rentenversicherungsträger auf dem Gebiete des **Wohnungsbaues** unterbunden wird. Angesichts der drohenden des Wohnungsbaues durch die Gemeinden muß das zu einer weiteren Verschärfung der Arbeitsmarktkrise führen. Die weitere Folge ist Rückgang der Beitragseinnahme bei allen Trägern der Sozialversicherung. Man dreht sich also in einem verhängnisvollen Kreise und organisiert förmlich den gemeinsamen Zusammenbruch.

In den Betrachtungen über die Sozialpolitik haben wir an anderer Stelle bereits auf die Finanzen der Invaliden- und der Angestelltenversicherung hingewiesen. Wie liegen, rein finanziell gesehen, die Dinge bei der **Invalidenversicherung**?

Nach der Denkschrift des Reichsarbeitsministers über Leistungen und Beiträge in der Invaliden- und Angestelltenversicherung vom 14. Januar 1929 beträgt der Ueberschuß im Jahre 1930 voraussichtlich 290 Millionen. Der Ueberschuß vermindert sich von Jahr zu Jahr. Im Jahre 1924 sind bereits die Ausgaben größer als die Einnahmen. Auf Seite 3 der Denkschrift wird gesagt:

„Aus der vorstehenden überschläglichen Tabelle über die künftige Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben in der Invalidenversicherung ergibt sich, daß die Beitragseinnahmen allein nur noch bis zum Jahre 1932 ausreichen, um die Ausgaben zu decken. Die Gesamteinnahmen reichen zur Deckung der Ausgaben bis zum Jahre 1933 aus. Die in den darauf folgenden Jahren entstehenden Fehlbeträge nehmen rasch zu und steigen bis zum Jahre 1938 auf etwa 385 Millionen Mark. Der Gesamtfehlbetrag während der Jahre 1934 bis 1938 wird sich auf etwa 1005 Millionen Mark stellen, während in den Jahren 1929 bis 1933 ein nur wenig höherer Betrag, nämlich 1057 Millionen voraussichtlich zurückgelegt werden können. Die Ueberschüsse aus den nächsten fünf Jahren würden also gerade ausreichen, um die Fehlbeträge der darauf folgenden fünf Jahre zu decken. Will man die

Fehlbeträge nicht aus den Rücklagen decken, so muß man im Jahre 1933 eine Erhöhung der Beiträge vornehmen, und zwar entweder durch eine allgemeine Erhöhung oder durch einen Aufbau von Lohnklassen.“

Die Finanzlage der Invalidenversicherung ergibt also nach Meinung der Reichsregierung allen Anlaß, nach Mitteln und Wegen Umschau zu halten, hier zu helfen. Andererseits besteht die dringende Notwendigkeit, ihre Leistungen insbesondere durch Aufstockung neuer Beitragsklassen auszubauen. Die Herstellung einer finanziellen Notgemeinschaft mit der Arbeitslosenversicherung und die Unmöglichkeit der Rückzahlung der geleihenen Beiträge bedeutet aber nicht nur eine Erschütterung ihrer finanziellen Grundlagen, sie unterbindet auch alle Möglichkeiten des Ausbaues.

Bei der Angestelltenversicherung bestehen die gleichen Auswirkungen. Nach dem Voranschlag für das Kalenderjahr 1930 stehen rund 270 Millionen für die Zwecke der Vermögensanlage zur Verfügung. Die Art der Vermögensanlage ist für beide Versicherungsträger durch den Gesetzgeber genau und übereinstimmend geregelt. Ein Teil des Vermögens kann in verbrieften Forderungen gegen das Reich oder ein Land oder gegen eine Kreditanstalt des Reiches oder eines Landes sowie in Forderungen, die in das Schuldbuch des Reiches oder eines Landes eingetragen sind, angelegt werden. Die Reichsregierung bestimmt den Betrag, bis zu dem das Vermögen in solchen Forderungen anzulegen ist; dieser Betrag darf jeweils 25 Prozent des Vermögens nicht übersteigen.

Durch diese gesetzliche Bestimmung hat also das Reich bereits eine Art Zwangsabnehmer, wenn es Geldgeber für seine Anleihen sucht. Bei der Finanznot des Reiches und der Länder werden natürlich diese Möglichkeiten ausgenutzt. Berücksichtigt man das, dann bleibt den Rentenversicherungsträgern zur anderweitigen Verfügung aus den Ueberschüssen des Jahres 1930 ein Beitrag von 420 Millionen Mark; das vom Reich an die Reichsanstalt zu gewährende Darlehen beläuft sich auf 335 Millionen Mark. Es ist also nicht zu viel gesagt, wenn wir behaupten, daß durch diese finanzielle Notgemeinschaft die Förderung des Wohnungsbaues durch die Rentenversicherungsträger unterbunden wird.

Die Regierungsparteien haben bis jetzt den Vorschlag des Reichsfinanzministers auf Notgemeinschaft abgelehnt, zeigen sich mehr geneigt durch Verkauf von Vorzugsaktien der Reichsbahn eine Sanierung herbeizuführen. Ein neuer Vorschlag des Reichsfinanzministers geht nun dahin, die Reichsanstalt soll das Recht erhalten, den nach dem Verkauf von 250 Millionen Vorzugsaktien der Reichsbahn an die Sozialversicherung noch verbleibenden Fehlbetrag selbst zu beschaffen. Dieses Recht bedeutet scheinbar eine **Erweiterung der Selbstverwaltung**, doch dürfte auch bei diesem Vorschlag äußerste Vorsicht geboten erscheinen. Die Arbeitnehmerorganisationen werden diesen Vorgängen erhöhte Aufmerksamkeit schenken müssen.

Die Spitzenorganisationen der deutschen Gewerkschaften:

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund,

Allgemeiner freier Angestelltenbund,

Deutscher Gewerkschaftsbund,

Gewerkschaftsring Deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände,

haben am 9. Februar folgende Entschließung angenommen:

„Wie aus der Presse bekannt geworden ist, besteht beim Reichsfinanzministerium die Absicht, das zu erwartende Defizit der Arbeitslosenversicherung für das Geschäftsjahr 1930-31 durch eine Zwangsanleihe bei den Landesversicherungsanstalten und der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte zu decken.

Gegen diesen Plan müssen die Gewerkschaften **schärfsten Protest erheben**,

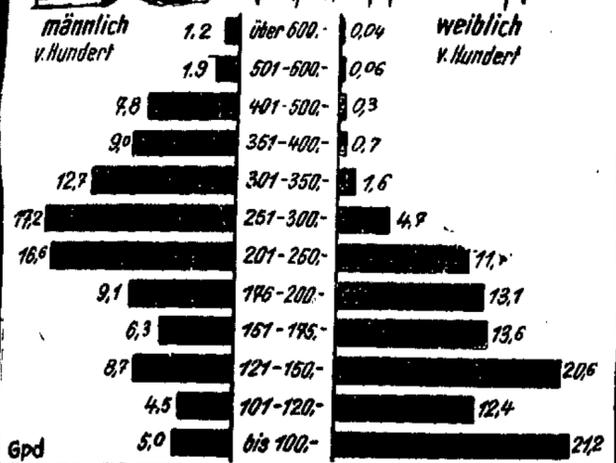
denn dieser sogenannte „Gefahrenausgleich“ innerhalb der Sozialversicherung“ würde nichts anderes bedeuten, als eine Uebertragung der Lasten, die in Zeiten besonderer Arbeitslosigkeit nach dem Gesetz und nach den Grundfäden einer gerechten Sozialpolitik die Allgemeinheit zu tragen hat, auf ganz anderen Zwecken dienende Versicherungsträger. Eine Gefährdung der unmittelbarsten Aufgaben dieser Anstalten und eine weitere Aushöhlung des gerade von ihnen befruchteten Baumarktes, damit eine weitere Einschränkung der Arbeitsmöglichkeiten, würde die unausbleibliche Folge sein. Eine bei weiterer Verschlechterung des Arbeitsmarktes eintretende Verzögerung des Rückzahlungstermins würde

die gesamte Sozialversicherung in ihren Grundfesten erschüttern

und für die Arbeitslosenversicherung insbesondere zu einer neuen bedrohlichen Krise führen. Nicht Sanierung der Arbeitslosenversicherung und Beruhigung der Öffentlichkeit, sondern Gefährdung der gesamten Sozialversicherung und neue Hege gegen die Arbeitslosenversicherung würde das notwendige Ergebnis sein.

Die Gewerkschaften erklären daher als ihre einmütige Auffassung, daß, soweit die Sanierung der Arbeitslosenversicherung nicht durch eine von ihnen für tragbar gehaltene Beitragserhöhung erfolgen kann, auf die Hilfe des Reiches zurückgegriffen werden muß.“

# Das Monats-Gehalt der deutschen Angestellten im Reichsgebiet. (ohne Danzig u. Saargebiet.)



## Aus der großen sozialen Erhebung des Gewerkschaftsbundes der Angestellten.

### Das Monatsgehalt des deutschen Angestellten.

Für die deutsche Wirtschaft ist die Aufnahmefähigkeit des inneren Marktes von ausschlaggebender Bedeutung. Sie hängt in wesentlichem Maße von der Kaufkraft der breiten Massen, der Arbeitnehmer, ab. Unter ihnen gewinnen die Angestellten infolge ihrer rasch wachsenden Zahl immer mehr an Bedeutung. Es ist daher nicht nur für die Angestellten, sondern auch für die Allgemeinheit sehr wertvoll, die Lebensgrundlagen des deutschen Angestelltenstandes kennen zu lernen. Der Gewerkschaftsbund der Angestellten hat eine Erhebung über die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der Angestellten durchgeführt, die wertvolle Anhaltspunkte gibt. Von der Erhebung wurden die verschiedenen Angestelltengruppen (kaufmännische, technische Angestellte, Werkmeister und Büroangestellte) erfasst.

Das Teilergebnis über die im Reich gezahlten Bruttogehälter ergibt folgendes Bild:

Die Hälfte der männlichen Angestellten, 50,2 v. H., muß mit einem Bruttogehalt bis zu Rm. 250,- im Monat auskommen. Ein Gehalt von über Rm. 300,- beziehen nur 32,6 v. H., von über Rm. 350,- gar nur 19,9 v. H. der männlichen Angestellten.

Noch wesentlich ungünstiger liegen die Verhältnisse für die weiblichen Angestellten. Hier müssen 54,2 v. H. ihren Lebensunterhalt von einem Monatsgehalt bis zu Rm. 150,- bestreiten. Über Rm. 250,- monatlich erhalten nur 7,4 v. H., über Rm. 350,- gar nur 1,1 v. H. der weiblichen Angestellten. Die Bruttogehälter zeigen die übertarifliche Bezahlung und die sozialen Ungerechtigkeiten ein. Zu berücksichtigen ist, daß von den Bruttogehältern die gesetzlichen Abzüge für Lohnsteuer und Sozialversicherung abzusetzen sind.

Wenn auch das vorliegende Ergebnis erst einen allgemeinen Überblick gestattet, lassen sich daraus doch von wertvoller Rückschlüsse auf die vom Einkommen abhängige Lebenshaltung der Angestellten ziehen. Die Zahlen lassen aber auch erkennen, daß ein großer Teil des deutschen Angestelltenstandes innerhalb erschreckend engen Wirtschaftsgrenzen leben und arbeiten muß.

## Die Arbeitsmarktlage Mitte Januar 1930.

Die ungünstige Entwicklung des Arbeitsmarktes hielt in der ersten Hälfte des Januar noch an. Mitte Januar waren rund 3 140 000 verfügbare Arbeitsuchende bei den Arbeitsämtern vorhanden, das sind rund 384 000 mehr als im Vorjahr. Diese Tatsache erscheint um so bedeutsamer, als im Gegensatz zum Vorjahre die milde Witterung durchaus die Möglichkeit zur Fortführung von Außenarbeiten bietet.

Das Tempo der Verschlechterung des Arbeitsmarktes war in der ersten Hälfte Januar d. J. wesentlich langsamer als in der zweiten Dezemberhälfte 1929. Die Zunahme der Zahl der verfügbaren Arbeitsuchenden betrug rund 245 000 gleich 8,5 v. H. betragen hätte. Von der Zunahme um 245 000 entfallen rund 117 000 auf die Saisonberufsgruppen und rund 128 000 auf die übrigen Berufsgruppen. Die gegenwärtige Arbeitsmarktlage ist in ihrem beruflichen Aufbau anders als im Vorjahre. Damals setzte in der ersten Januarhälfte die außergewöhnliche Kälteperiode ein, so daß die Arbeitsmarktlage in erster Linie durch den Beschäftigungsgrad in den Außenberufen bedingt war. Es entfielen damals 77,4 v. H. der Arbeitsuchenden auf die Außenberufe. In

diesem Jahre entfallen bei wesentlich höherer Gesamtziffer nur 51,6 v. H. auf die Außenberufe. Demnach sind an der Belastung des Arbeitsmarktes die mehr konjunkturell bedingten Berufe wesentlich stärker als im Vorjahre beteiligt.

Unter den Saisonaußenberufen steht das Baugewerbe mit rund 449 000 Arbeitsuchenden (7,5 v. H. aller Arbeitsuchenden) an erster Stelle. Der Stand zur gleichen Zeit des Vorjahres ist jedoch nicht erreicht worden; dies dürfte mit der milden Witterung zusammenhängen. Das Tempo der Verschlechterung hat sich gegenüber Ende Dezember stark verlangsamt. Eine starke Belastung übt ferner die Industrie der Steine und Erden aus (154 884 Arbeitsuchende); dies dürfte nicht nur mit dem saisonmäßig verschlechtesten Beschäftigungsgrad in dieser Berufsgruppe zusammenhängen, sondern auch mit den erschwerten Finanzierungsverhältnissen der Bauwirtschaft. Ähnlich liegen die Verhältnisse in der Berufsgruppe Land-, Forstwirtschaft und Fischerei.

Die Arbeitslosigkeit in den konjunkturell bedingten Berufsgruppen wird im wesentlichen durch das Metallgewerbe (rund 404 000 verfügbare Arbeitsuchende, das Spinnstoffgewerbe (rund 108 000), das Holz- und Schnitstoffgewerbe (rund 149 600) und das Bekleidungs-gewerbe (rund 173 000) bestimmt. Durchweg liegt in den genannten Berufsgruppen der Anteil der verfügbaren Arbeitsuchenden an der Gesamtzahl (einschl. Saisonaußenberufe) über den Stand des Vorjahres.

### Neue Arbeitslosigkeit.

334 000 Berliner suchen Arbeit.

In der vorigen Woche sah es so aus, als ob die Flut der Arbeitslosigkeit in Brandenburg und in Berlin zum Stillstand kommen würde. Leider ist das falsch, wie der Wochenbericht des Landesamtes Brandenburg für die Woche zum 8. Februar beweist. In Berlin ist die Zahl der Arbeitsuchenden auf 334 151 gestiegen; in Brandenburg gab es 7375 neue Arbeitslose, die in der Hauptsache auch auf Berlin entfallen. Berlin hat jetzt 186 929 Unterstützte der Arbeitslosenversicherung und 33 311 Unterstützte der Krisenfürsorge. Der Rest belastet in der Hauptsache die städtische Wohlfahrt und verschärft naturgemäß auch die Finanzsorgen Berlins. Die schwersten Störungen gehen jetzt, obwohl das Wetter am Bauen immer noch nicht hindert, von der Bauwirtschaft aus. Die leichten Besserungen in der Metallindustrie und im Bekleidungs-gewerbe haben dagegen nichts ausrichten können. Eine neue Mahnung mit der Gefährdung der Bauwirtschaft durch die Beschneidung der Kapitalzufuhr vorsichtig zu sein.

In der Berliner Holzindustrie betrug die Arbeitslosenziffer am 8. 2. 30. 15 287; das ist eine Zunahme gegenüber der Vorwoche um 393 Holzarbeiter.

## Verlängerung des Manteltarifvertrages für das Berliner Holzgewerbe.

Mit den Vereinigten Verbänden der Berliner Holzindustrie ist folgende Vereinbarung getroffen worden:

„Die unterzeichneten Vertragsparteien vereinbaren hiermit, daß der zwischen ihnen am 24. März 1925 abgeschlossene, zum 15. Februar 1930 gekündigte Manteltarifvertrag für das Berliner Holzgewerbe bis zum 31. März 1930 in Geltung bleibt, hiermit also bis dahin als verlängert gilt.“

Berlin, den 11 Februar 1930.

Für die Arbeitgeber:

Vereinigte Verbände der Berliner Holzindustrie E. V. gez. Theodor Paeth.

Für die Arbeitnehmer:

Deutscher Holzarbeiterverband, Verwaltungsstelle Berlin. gez. K. Bese.

Zentralverband christlicher Holzarbeiter. gez. Langante.

Gewerksverein der Holzarbeiter Deutschlands. gez. P. Volkmann.

## Neue Kostgeldsätze für die Lehrlinge der Berliner Tischler-Innung.

Laut Beschluß der Innungs-Delegierten-Versammlung vom 30. Januar 1930 sind auf Anregung der Handwerkskammer zu Berlin die Kostgeldsätze für die Lehrlinge wie folgt festgesetzt:

im 1. Lehrjahre	Rm.	4,-
im 2. Lehrjahre	Rm.	6,-
im 3. Lehrjahre	Rm.	9,-
im 4. Lehrjahre	Rm.	14,-

Die Zahlungsverpflichtung hierfür beginnt erstmalig am 7. oder 8. Februar 1930.

## Die Körperpflege und die Leibesübungen auf der Internationalen Hygiene-Ausstellung Dresden 1930.

Die Hygiene hat sich gewandelt, ihr Inhalt ist nicht mehr hauptsächlich die Abwehr von Gesundheits-schäden, insbesondere die Abwehr von Krankheits-erregern, sondern sie wendet sich in viel stärkerem Maße heute wieder der tätigen Förderung der Gesundheit zu. Die beiden wichtigsten Mittel, aktiv die Gesundheit zu fördern, sind außer einer richtigen Ernährung, eine planmäßige Körperpflege und planmäßige Körperbewegungen. Diese beiden Mittel der Gesunderhaltung sind in den letzten Jahrzehnten noch besonders wichtig geworden, weil wir Großstädter in unserer Berufsarbeit zu wenig Bewegung und zu wenig Hautreize (Licht und Luft) genießen. Körperpflege und Leibesübungen sollen uns diese Lebensreize wieder zuführen und da verhältnismäßig geringe Zeit neben der Berufsarbeit hierfür zur Verfügung steht, in konzentrierter Form. Diese Erkenntnisse der Wissenschaft gilt es nun auf der „Internationalen Hygiene-Ausstellung Dresden 1930 den Besuchern eindringlich vorzuführen, und zwar das „Warum“ und das „Wie“ der Körperpflege und der Leibesübungen. Zunächst das „Warum“. Der Besucher wird durch einen Raum geführt, der in zusammengefaßter Weise seine Welt darstellt. Das Lichtglänzer der abendlichen Großstadt und ihr Lärm, die Unruhe unseres ganzen Lebens, die Luftabgeschlossenenheit dazu, werden ihn für kurze Zeit noch einmal drastisch umgeben. Er gelangt nach diesem Raum in einen friedlichen Gartenhof, der mit Luft, Sonne, Wasser und heiterer Ruhe ihn umfängt. Und nun wird ein Privatritual über die Haut und ihre Bedeutung für unsere Gesundheit gelesen, aber nicht in trockener Wissenschaftlichkeit, sondern in großen Modellen und glühenden Farben. An Apparaten soll studiert werden, wie muß ich mich abrupeln, wie muß ich meine Haut massieren und waschen und ölen, wie muß ich sie in Sonne und Luft baden, auf daß ich jung und schön werde und bleibe, aber auch arbeits- und leistungsfähig. Hand-pflege, Haarpflege, Rasieren, alles kann in dieser Abtei-lung gelernt werden. Zur täglichen Körperpflege gehört natürlich noch die Zahnpflege, das „Warum“ und „Wie“ des Zahnpflegens bildet deshalb den Beschluß. Aber noch nicht den letzten Schluß, zunächst ein Intermezzo: wie machen es die Eskimos, daß ihre Haut sauber bleibt, wie macht es der Araber in der Wüste? Was haben die alten Kulturvölker, Chinesen und Japaner für die Gesundheit der Haut getan und was tat und tut der russische Bauer dafür? Das wollen wir den leider so hochmütigen Europäern, die immer glauben, der Weisheit letzten Schluß entdeckt zu haben, vor Augen führen, damit sie erkennen, es geht nie und nirgends und es ging nie und nirgends ohne eine systematische Körperkultur. „Re-petitio est mater studiorum“ im letzten Raum wird des-halb noch einmal repetiert. In einem 12 Meter langen Kulissenmodell läuft auf Hebeldruck der Tageslauf des idealen und normalen Menschen ab, vom Morgen bis Abend, von Bett zu Bett.

Das war das Turnen der Haut, denn wahre Haut-pflege ist immer Hautübung. Nun kommt das Turnen der Glieder. Ganz auf dem Holzwege ist natürlich, wer da meint, es turnten die Knochen, Gelenke, Bänder und Muskeln, wenn wir laufen, springen, Ballwerfen. Es turnen immer das Herz, die Lungen, die Nieren und nicht zu vergessen, das Gehirn mit. Diese Weisheit sollen die ersten Abteilungen der Gruppe Leibesübungen den Be-suchern zeigen. Zugleich wird hierbei natürlich wieder ge-sagt, warum wir uns in der Turn- und Gymnastikhalle oder auf dem Sportplatz tummeln müssen, weil eben unser ganzer Körper solche anregende Übungen braucht. Nicht daß wir üben ist aber schon der letzte Fortschritt, sondern daß wir richtig üben und daß wir für die Sauber-keit und Hygiene der Sportstätte bedacht sind. Die Technik und Methodik der Leibesübungen, der richtige Übungs-plätzenbau, die Grünflächenpolitik, das Sportarztwesen er-scheinen deshalb auch in dieser Halle. Leibesübungen sind, wenn sie gut betrieben werden, immer ein Bestandteil der Kultur. Die geschichtliche Abteilung soll es beweisen, daß keine Geisteskultur ohne Körperkultur möglich ist. Von diesem Satz gilt auch die Umkehrung. Und nun mar-schieren mit ihren Millionen die großen Verbände auf. Der Reichsausschuß für Leibesübungen, die Zentralkom-mission für Arbeitersport und Körperpflege und zwischen beiden die Abteilung „Sport in der öffentlichen Meinung“, Sport in der Presse, im Film, im Rundfunk, in der Fach-presse, im Buch, auf der Bühne, in der Karikatur. Doch die Ausstellung Leibesübungen wird nicht nur von den Leibesübungen reden, sondern und das ist was ganz Neues, sie wird die Leibesübungen selbst sprechen lassen. Die Halle ist hufeisenförmig um einen großen 150 Meter langen Spielplatz gebaut. Die Wände nach dem Spiel-platz zu bestehen aus Glas. Auf dem Spielplatz aber werden den ganzen Tag Jungen und Mädels, Kinder und Erwachsene sich in den verschiedensten Übungen tum-meln, so daß jeder Besucher Theorie und Praxis ständig vor Augen hat, er braucht nur einmal hinein in die Halle und hinaus auf den Spielplatz zu schauen.

Zusammenhang und Gesundheitszustand der Bevölkerung, auf den Vermögensverlust der Versicherungsträger durch die Inflation und die allgemeine Geldentwertung. Nur wenn man sich diese Tatsachen und zugleich die gar nicht abzuschätzenden Segnungen der Sozialversicherung für Gesundheit und Arbeitskraft vor Augen hält, kann man zu einer richtigen Würdigung des Versicherungsaufwandes gelangen.

Von einschneidender Bedeutung für die Lebenshaltung des einzelnen Arbeitnehmers ist die Höhe des von ihm verdienten Lohnes. Das starke Vordringen der Tarifverträge - am 1. Januar 1928 standen insgesamt 8178 Tarifverträge in Geltung, die 912 000 Betriebe und 12,2 Millionen Arbeitnehmer umfaßten - hat in der Nachkriegszeit die statistische Erfassung des Tariflohnes erleichtert. Nach der Stabilisierung wurden die Löhne entsprechend den damaligen Geldverhältnissen niedrig festgesetzt. Seitdem ist ein fast ständiges Steigen der Lohnhöhe zu verzeichnen, das in seinen Auswirkungen allerdings teilweise durch die Verteuerung der Lebenshaltung ausgeglichen wurde. Ueber die Entwicklung des Lohnniveaus gibt die nachstehende Tabelle Auskunft:

**Tarismäßige Wochen-Verdienste gelernter und ungelernter Arbeiter im gewogenen Durchschnitt der wichtigsten Gewerbegruppen (in Reichsmark).**

	Gelernte:	Ungelernte:
April 1924	31,11	23,33
.. 1925	40,54	30,11
.. 1926	45,21	33,60
.. 1927	47,14	35,50
.. 1928	49,99	37,77
.. 1929	52,54	40,65

Bei der Würdigung der vorstehenden Ziffern darf man einerseits nicht übersehen, daß die Goldlöhne nach der Stabilisierung außerordentlich niedrig festgesetzt wurden, daß von den Verdiensten noch die nicht unerheblichen Sozialabgaben und Steuern in Abzug kommen und daß bei der gegenwärtigen Lage des Arbeitsmarktes das Einkommen des einzelnen Arbeitnehmers oft durch Perioden von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit wesentlich gelürzt wird. Andererseits haben Erhebungen des Statistischen Reichsamtes ergeben, daß häufig über die tarismäßigen Löhne hinaus durch Akkordarbeit Mehrverdienst erzielt wird, so daß das Niveau der tatsächlich verdienten Löhne über den Stand der tarismäßigen Löhne sich erhebt.

Eine große Rolle in den Ausgabenposten der staatlichen Sozialpolitik spielt die Versorgung der Kriegsoptioner und ihrer Hinterbliebenen. Nach der letzten amtlichen Zählung von 1928 sind nicht weniger als 807 000 Kriegsbeschädigte zu betreffen. Daneben mußten, um nur die wichtigsten Gruppen zu nennen, 361 000 Kriegswitwen und über 700 000 Volk- und Halbmilitäre von Kriegern unterstügt werden. Für die Versorgung all dieser bedauernswerten Opfer des Krieges hat das Reich im Etatsjahre 1928 rund 1,5 Milliarden RM. aufgewendet.

Neben der Sozialversicherung und der Kriegsoptioner-versorgung steht ergänzend die Fürsorge, d. h. die sogenannte Wohlfahrtspflege, der in der Nachkriegszeit der ersehnte Charakter der Armenpflege genommen worden ist. Sie hat auch die durch die Inflation ihres Vermögens beraubten Kleinrentner zu betreffen. Im Jahre 1927 wurden von den rund 1100 Bezirksfürsorgeverbänden etwa 2,4 Millionen Parteien unterstützt, darunter 400 000 Kleinrentner, 719 000 Rentenbesitzer der Sozialversicherung und 111 000 Kriegsbeschädigte. Die Kosten hierfür beliefen sich auf rund 880 Millionen RM.

Zur Sozialpolitik im weiteren Sinne gehört auch die Bekämpfung der Wohnungsnot, insbesondere der Kleinwohnungsbaue. Die Kapitalknappheit und der dadurch bewirkte hohe Zinsfuß haben neben anderen Umständen in der Nachkriegszeit das Bauen so erschwert, daß ohne staatliche Hilfe der Wohnungsbau mehr oder weniger zum Erliegen gekommen wäre. Der Fehlbetrag an Wohnungen, der hauptsächlich durch das Ruhen der Bautätigkeit während der Kriegsjahre hervorgerufen worden ist und der i. Zt. auf etwa 600-800 000 Wohnungen berechnet worden ist, wäre dadurch ins Ungemeine gewachsen. In den Nachkriegsjahren ist es trotz vielfältiger Schwierigkeiten gelungen, folgende Zahlen an Neubauwohnungen zu erzielen, die freilich in ihrer Auswirkung für den Wohnungsbestand durch Abbrüche usw. eine gewisse Minderung erfahren haben:

1919	67 861
1920	193 307
1921	141 498
1922	134 970
1923	125 940
1924	115 376
1925	104 812
1926	220 529
1927	306 834
1928	330 442

Ob 1929 das gleiche Ergebnis von 1928 wieder erzielt werden ist, ist noch nicht fest. Immerhin dürfte es nur in diesem Jahre gelungen sein, den Fehlbetrag zu vermindern, da man glaubt, daß zur Deckung des laufenden Bedarfs der jährliche Neuzugang von etwa 225 000 Wohnungen ausreicht.

**Die deutsche Sozialversicherung in Gefahr.**

In der ganzen Tagespresse wird jetzt lebhaft die Frage des Ausgleichs der Reichsfinanzen debattiert, wobei die Arbeitslosenversicherung im Vordergrund der Betrachtungen steht. Bei der Finanzlage des Reiches kann man es verstehen, daß der Reichsfinanzminister bestrebt ist, einen Ausgleich bzw. eine Gesundung der Finanzen herbeizuführen. Es ist auch nicht weiter verwunderlich, wenn bei dem ohne weiteres anzuerkennenden Bestreben des Ausgleichs Vorschläge gemacht werden, die unannehmbar sind. Des weiteren kommt hinzu, daß gewisse Kreise der Großindustrie wieder einmal Morgenluft wittern und den Versuch machen, gegen das ihnen verhasste Rind der Sozialversicherung Sturm zu laufen. In diesem Bestreben werden diese Kreise ganz wesentlich durch den Reichsfinanzminister unterstützt, der zur Finanzierung der Arbeitslosenversicherung mit den Landesversicherungsanstalten und der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte, einen sogenannten **Gefahrenausgleich** herbeiführen will. Dieser Vorschlag hat glücklicher Weise bei den Regierungsparteien eine Mehrheit nicht gefunden. Wir verweisen hierbei auf die Stellungnahme des Gewerkschaftsrings, der auf der Tagung des Reichsausschusses gegen den Vorschlag des Reichsfinanzministers eine ganz entschieden ablehnende Haltung einnahm. Bei dem Vorschlag des Reichsfinanzministers handelt es sich in der Hauptsache um die Sanierung der Arbeitslosenversicherung, deren Mittel zur Deckung der laufenden Ausgaben nicht ausreichen.

Der § 163 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung bestimmt, daß der Reichsarbeitsminister mit Zustimmung des Reichsministers der Finanzen der Reichsanstalt Darlehen zu gewähren hat, wenn der Bedarf aus den Beiträgen nicht gedeckt werden kann. Der gesetzlich vorgeschriebene Höchstbeitrag darf 3 Prozent des für die Bemessung maßgebenden Arbeitsentgelts nicht übersteigen; er ist durch besonderes Gesetz für die Dauer eines halben Jahres, nämlich vom 1. Januar bis 30. Juni dieses Jahres, auf 3,5 Prozent erhöht worden. Tritt nun eine Minderung nicht ein, dann muß mit einem weiteren Anwachsen des Fehlbetrages gerechnet werden, der nach angestellten Berechnungen am 31. März 1931 335 Millionen betragen dürfte. Dieser Betrag ist nach dem Gesetz vom Reich als Darlehen zu gewähren. Unter Einbeziehung dieses Betrages wird das Anwachsen der Gesamtschuld der Reichsanstalt auf 890 Millionen beziffert.

Zieht man in Betracht, daß bei einem Höchstbeitrag von 3 Prozent, wie er vom 1. Juli eventuell wieder gelten soll, die Jahreseinnahme 870 Millionen beträgt, legt dabei die Zahl der Unterstützungsempfänger zugrunde, dann ergibt sich die Tatsache, daß in den nächsten Jahren die Ausgaben durch die Einnahmen nicht gedeckt werden können, so daß eine Verschuldung der Reichsanstalt in den nächsten Jahren ständig anwachsen muß, von einer Rückzahlung der Darlehen ernstlich nicht gesprochen werden kann.

Führt man sich diese Tatsache vor Augen, dann ist in einer solchen Situation der Gedanke einer „Notgemeinschaft“ der Sozialversicherungsträger sowohl vom Standpunkt des Arbeitslosenschutzes wie auch vom Standpunkte der zunächst in Betracht gezogener Rentenversicherungsträger auf das allerschärfste zu bekämpfen. Er ist auch arbeitsmarktpolitisch verwerflich, weil die Kapitalanlage der Rentenversicherungsträger auf dem Gebiete des Wohnungsbaues unterbunden wird. Angesichts der Drohung des Wohnungsbaues durch die Gemeinden muß das zu einer weiteren Verschärfung der Arbeitsmarktkriege führen. Die weitere Folge ist Rückgang der Beitragseinnahme bei allen Trägern der Sozialversicherung. Man dreht sich also in einem verhängnisvollen Kreise und organisiert förmlich den gemeinsamen Zusammenbruch.

In den Betrachtungen über die Sozialpolitik haben wir an anderer Stelle bereits auf die Finanzen der Invaliden- und der Angestelltenversicherung hingewiesen. Wie liegen, rein finanziell gesehen, die Dinge bei der Invalidenversicherung?

Nach der Denkschrift des Reichsarbeitsministers über Leistungen und Beiträge in der Invaliden- und Angestelltenversicherung vom 14. Januar 1929 beträgt der Ueberschuß im Jahre 1930 voraussichtlich 290 Millionen. Der Ueberschuß vermindert sich von Jahr zu Jahr. Im Jahre 1924 sind bereits die Ausgaben größer als die Einnahmen. Auf Seite 3 der Denkschrift wird gesagt:

„Aus der vorstehenden überschläglichen Tabelle über die künftige Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben in der Invalidenversicherung ergibt sich, daß die Beitragseinnahmen allein nur noch bis zum Jahre 1932 ausreichen, um die Ausgaben zu decken. Die Gesamteinnahmen reichen zur Deckung der Ausgaben bis zum Jahre 1933 aus. Die in den darauf folgenden Jahren entstehenden Fehlbeträge nehmen rasch zu und steigen bis zum Jahre 1938 auf etwa 385 Millionen Mark. Der Gesamtfehlbetrag während der Jahre 1934 bis 1938 wird sich auf etwa 1005 Millionen Mark stellen, während in den Jahren 1929 bis 1933 ein nur wenig höherer Betrag, nämlich 1057 Millionen voraussichtlich zurückgelegt werden können. Die Ueberschüsse aus den nächsten fünf Jahren würden also gerade ausreichen, um die Fehlbeträge der darauf folgenden fünf Jahre zu decken. Will man die

Fehlbeträge nicht aus den Rücklagen decken, so muß man im Jahre 1933 eine Erhöhung der Beiträge vornehmen, und zwar entweder durch eine allgemeine Erhöhung oder durch einen Aufbau von Lohnklassen.“

Die Finanzlage der Invalidenversicherung ergibt also nach Meinung der Reichsregierung allen Anlaß, nach Mitteln und Wegen Umschau zu halten, hier zu helfen. Andererseits besteht die dringende Notwendigkeit, ihre Leistungen insbesondere durch Aufstockung neuer Beitragsklassen auszubauen. Die Herstellung einer finanziellen Notgemeinschaft mit der Arbeitslosenversicherung und die Unmöglichkeit der Rückzahlung der geleihenen Beiträge bedeutet aber nicht nur eine Erschütterung ihrer finanziellen Grundlagen, sie unterbindet auch alle Möglichkeiten des Ausbaues.

Bei der Angestelltenversicherung bestehen die gleichen Auswirkungen. Nach dem Vorschlag für das Kalenderjahr 1930 stehen rund 270 Millionen für die Zwecke der Vermögensanlage zur Verfügung. Die Art der Vermögensanlage ist für beide Versicherungsträger durch den Gesetzgeber genau und übereinstimmend geregelt. Ein Teil des Vermögens kann in verbrieften Forderungen gegen das Reich oder ein Land oder gegen eine Kreditanstalt des Reiches oder eines Landes sowie in Forderungen, die in das Schuldbuch des Reiches oder eines Landes eingetragen sind, angelegt werden. Die Reichsregierung bestimmt den Betrag, bis zu dem das Vermögen in solchen Forderungen anzulegen ist; dieser Betrag darf jeweils 25 Prozent des Vermögens nicht übersteigen.

Durch diese gesetzliche Bestimmung hat also das Reich bereits eine Art Zwangsabnehmer, wenn es Geldgeber für seine Anleihen sucht. Bei der Finanznot des Reiches und der Länder werden natürlich diese Möglichkeiten ausgenutzt. Berücksichtigt man das, dann bleibt den Rentenversicherungsträgern zur anderweitigen Verfügung aus den Ueberschüssen des Jahres 1930 ein Betrag von 420 Millionen Mark; das vom Reich an die Reichsanstalt zu gewährende Darlehen beläuft sich auf 335 Millionen Mark. Es ist also nicht zu viel gesagt, wenn wir behaupten, daß durch diese finanzielle Notgemeinschaft die Förderung des Wohnungsbaues durch die Rentenversicherungsträger unterbunden wird.

Die Regierungsparteien haben bis jetzt den Vorschlag des Reichsfinanzministers auf Notgemeinschaft abgelehnt, zeigen sich mehr geneigt durch Verkauf von Vorzugsaktien der Reichsbahn eine Sanierung herbeizuführen. Ein neuer Vorschlag des Reichsfinanzministers geht nun dahin, die Reichsanstalt soll das Recht erhalten, den nach dem Verkauf von 250 Millionen Vorzugsaktien der Reichsbahn an die Sozialversicherung noch verbleibenden Fehlbetrag selbst zu beschaffen. Dieses Recht bedeutet scheinbar eine Erweiterung der Selbstverwaltung, doch dürfte auch bei diesem Vorschlag äußerste Vorsicht geboten erscheinen. Die Arbeitnehmerorganisationen werden diesen Vorgängen erhöhte Aufmerksamkeit schenken müssen.

Die Spitzenorganisationen der deutschen Gewerkschaften:

- Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund,
- Allgemeiner freier Angestelltenbund,
- Deutscher Gewerkschaftsbund,
- Gewerkschaftsring Deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände,

haben am 9. Februar folgende Entschlieung angenommen:

„Wie aus der Presse bekannt geworden ist, besteht beim Reichsfinanzministerium die Absicht, das zu erwartende Defizit der Arbeitslosenversicherung für das Geschäftsjahr 1930-31 durch eine Zwangsanleihe bei den Landesversicherungsanstalten und der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte zu decken.

Gegen diesen Plan müssen die Gewerkschaften schärfsten Protest erheben,

denn dieser sogenannte „Gefahrenausgleich“ innerhalb der Sozialversicherung“ würde nichts anderes bedeuten, als eine Uebertragung der Lasten, die in Zeiten besonderer Arbeitslosigkeit nach dem Gesetz und nach den Grundfögen einer gerechten Sozialpolitik die Allgemeinheit zu tragen hat, auf ganz anderen Zwecken dienende Versicherungsträger. Eine Geföhrdung der unmittelbarsten Aufgaben dieser Anstalten und eine weitere Ausschöpfung des gerade von ihnen befruchteten Baumarktes, damit eine weitere Einschränkung der Arbeitsmöglichkeiten, würde die unausbleibliche Folge sein. Eine bei weiterer Verschlechterung des Arbeitsmarktes eintretende Verzögerung des Rückzahlungstermins würde

die gesamte Sozialversicherung in ihren Grundfesten erschüttern

und für die Arbeitslosenversicherung insbesondere zu einer neuen bedrohlichen Krise föhren. Nicht Sanierung der Arbeitslosenversicherung und Beruhigung der Öffentlichkeit, sondern Geföhrdung der gesamten Sozialversicherung und neue Hege gegen die Arbeitslosenversicherung würde das notwendige Ergebnis sein.

Die Gewerkschaften erklären daher als ihre einmütige Auffassung, daß, soweit die Sanierung der Arbeitslosenversicherung nicht durch eine von ihnen für tragbar gehaltene Beitragserhöhung erfolgen kann, auf die Hilfe des Reiches zurückgegriffen werden muß.“

# Das Monats-Gehalt der deutschen Angestellten im Reichsgebiet. (ohne Danzig u. Saargebiet.)



männlich v. Hundert	über 600.-	0,04	weiblich v. Hundert
1,2	501-600.-	0,06	
1,9	401-500.-	0,3	
8,8	351-400.-	0,7	
9,0	301-350.-	1,6	
12,7	251-300.-	4,7	
17,2	201-250.-	7,1	
16,6	196-200.-	13,1	
9,1	161-195.-	13,6	
6,3	121-150.-	20,6	
8,7	101-120.-	12,4	
4,5	bis 100.-	27,2	
6pd			

Aus der großen sozialen Erhebung des Gewerkschaftsbundes der Angestellten.

## Das Monatsgehalt des deutschen Angestellten.

Für die deutsche Wirtschaft ist die Aufnahmefähigkeit des inneren Marktes von ausschlaggebender Bedeutung. Sie hängt in wesentlichem Maße von der Kaufkraft der breiten Massen, der Arbeitnehmer, ab. Unter ihnen gewinnen die Angestellten infolge ihrer rasch wachsenden Zahl immer mehr an Bedeutung. Es ist daher nicht nur für die Angestellten, sondern auch für die Allgemeinheit sehr wertvoll, die Lebensgrundlagen des deutschen Angestelltenstandes kennen zu lernen. Der Gewerkschaftsbund der Angestellten hat eine Erhebung über die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der Angestellten durchgeführt, die wertvolle Anhaltspunkte gibt. Von der Erhebung wurden die verschiedensten Angestelltengruppen (kaufmännische, technische Angestellte, Werkmeister und Büroangestellte) erfasst.

Das Teilergebnis über die im Reich gezahlten Bruttogehälter ergibt folgendes Bild:

Die Hälfte der männlichen Angestellten, 50,2 v. H., muß mit einem Bruttogehalt bis zu Rm. 250,— im Monat auskommen. Ein Gehalt von über Rm. 300,— besitzen nur 32,6 v. H., von über Rm. 350,— gar nur 19,9 v. H. der männlichen Angestellten.

Noch wesentlich ungünstiger liegen die Verhältnisse für die weiblichen Angestellten. Hier müssen 54,2 v. H. ihren Lebensunterhalt von einem Monatsgehalt bis zu Rm. 150,— bestreiten. Über Rm. 250,— monatlich erhalten nur 7,4 v. H., über Rm. 350,— gar nur 1,1 v. H. der weiblichen Angestellten. Die Bruttogehälter liegen die übertarifliche Bezahlung und die sozialen Umlagen ein. Zu berücksichtigen ist, daß von den Bruttogehältern die gesetzlichen Abzüge für Lohnsteuer und Sozialversicherung abzuführen sind.

Wenn auch das vorliegende Ergebnis erst einen allgemeinen Überblick gestattet, lassen sich daraus doch wertvolle Rückschlüsse auf die vom Einkommen abhängige Lebenshaltung des Angestellten ziehen. Die Zahlen lassen aber auch erkennen, daß ein großer Teil des deutschen Angestelltenstandes innerhalb erschreckend engen Wirtschaftsgrenzen leben und arbeiten muß.

## Die Arbeitsmarktlage Mitte Januar 1930.

Die ungünstige Entwicklung des Arbeitsmarktes hielt in der ersten Hälfte des Januar noch an. Mitte Januar waren rund 3 140 000 verfügbare Arbeitsuchende bei den Arbeitsämtern vorhanden, das sind rund 384 000 mehr als im Vorjahr. Diese Tatsache erscheint um so bedeutsamer, als im Gegensatz zum Vorjahre die milde Witterung durchaus die Möglichkeit zur Fortführung von Außenarbeiten bietet.

Das Tempo der Verschlechterung des Arbeitsmarktes war in der ersten Hälfte Januar d. J. wesentlich langsamer als in der zweiten Dezemberhälfte 1929. Die Zunahme der Zahl der verfügbaren Arbeitsuchenden betrug rund 245 000 gleich 8,5 v. H. bezogen hatte. Von der Zunahme um 245 000 entfielen rund 117 000 auf die Saisonberufsgruppen und rund 128 000 auf die übrigen Berufsgruppen. Die gegenwärtige Arbeitsmarktlage ist in ihrem beruflichen Aufbau anders als im Vorjahre. Damals setzte in der ersten Januarhälfte die außergewöhnliche Kälteperiode ein, so daß die Arbeitsmarktlage in erster Linie durch den Beschäftigungsgrad in den Außenberufen bedingt war. Es entfielen damals 7,4 v. H. der Arbeitsuchenden auf die Außenberufe. In

diesem Jahre entfallen bei wesentlich höherer Gesamtziffer nur 51,6 v. H. auf die Außenberufe. Demnach sind an bei Belastung des Arbeitsmarktes die mehr konjunkturell bedingten Berufe wesentlich stärker als im Vorjahre beteiligt.

Unter den Saisonaußenberufen steht das Baugewerbe mit rund 449 000 Arbeitsuchenden (7,5 v. H. aller Arbeitsuchenden) an erster Stelle. Der Stand zur gleichen Zeit des Vorjahres ist jedoch nicht erreicht worden; dies dürfte mit der milden Witterung zusammenhängen. Das Tempo der Verschlechterung hat sich gegenüber Ende Dezember stark verlangsamt. Eine starke Belastung übt ferner die Industrie der Steine und Erden aus (154 884 Arbeitsuchende); dies dürfte nicht nur mit dem saisonmäßig verschlechterten Beschäftigungsgrad in dieser Berufsgruppe zusammenhängen, sondern auch mit den erschwerten Finanzierungsverhältnissen der Bauwirtschaft. Ähnlich liegen die Verhältnisse in der Berufsgruppe Land-, Forstwirtschaft und Fischerei.

Die Arbeitslosigkeit in den konjunkturell bedingten Berufsgruppen wird im wesentlichen durch das Metallgewerbe (rund 404 000 verfügbare Arbeitsuchende, das Spinnstoffgewerbe (rund 108 000), das Holz- und Schnitzstoffgewerbe (rund 149 600) und das Bekleidungs-gewerbe (rund 173 000) bestimmt. Durchweg liegt in den genannten Berufsgruppen der Anteil der verfügbaren Arbeitsuchenden an der Gesamtzahl (einschl. Saisonaußenberufe) über den Stand des Vorjahres.

### Neue Arbeitslosigkeit.

334 000 Berliner suchen Arbeit.

In der vorigen Woche sah es so aus, als ob die Flut der Arbeitslosigkeit in Brandenburg und in Berlin zum Stillstand kommen würde. Leider ist das falsch, wie der Wochenbericht des Landesamtes Brandenburg für die Woche zum 8. Februar beweist. In Berlin ist die Zahl der Arbeitsuchenden auf 334 151 gestiegen; in Brandenburg gab es 7375 neue Arbeitslose, die in der Hauptsache auch auf Berlin entfallen. Berlin hat jetzt 186 929 Unterstützte der Arbeitslosenversicherung und 33 311 Unterstützte der Reisensfürsorge. Der Rest beläuft sich in der Hauptsache auf die städtische Wohlfahrt und verschärft naturgemäß auch die Finanzsorgen Berlins. Die schwersten Störungen gehen jetzt, obwohl das Wetter am Bauen immer noch nicht hindert, von der Bauwirtschaft aus. Die leichten Besserungen in der Metallindustrie und im Bekleidungs-gewerbe haben dagegen nichts ausgerichtet können. Eine neue Mahnung mit der Gefährdung der Bauwirtschaft durch die Beschneidung der Kapitalzufuhr vor-sichtig zu sein.

In der Berliner Holzindustrie betrug die Arbeitslosenziffer am 8. 2. 30. 15 287; das ist eine Zunahme gegenüber der Vorwoche um 393 Holzarbeiter.

## Verlängerung des Manteltarifvertrages für das Berliner Holzgewerbe.

Mit den Vereinigten Verbänden der Berliner Holzindustrie ist folgende Vereinbarung getroffen worden:

„Die unterzeichneten Vertragsparteien vereinbaren hiermit, daß der zwischen ihnen am 24. März 1925 abgeschlossene, zum 15. Februar 1930 gekündigte Manteltarifvertrag für das Berliner Holzgewerbe bis zum 31. März 1930 in Geltung bleibt, hiermit also bis dahin als verlängert gilt.“

Berlin, den 11 Februar 1930.

Für die Arbeitgeber:

Vereinigte Verbände der Berliner Holzindustrie G. V. gez. Theodor Paeth.

Für die Arbeitnehmer:

Deutscher Holzarbeiterverband, Verwaltungsstelle Berlin. gez. R. Voese.

Zentralverband christlicher Holzarbeiter. gez. Langante.

Gewertverein der Holzarbeiter Deutschlands. gez. P. Volkmann.

## Neue Kostgeldsätze für die Lehrlinge der Berliner Tischler-Innung.

Laut Beschluß der Innungs-Delegierten-Versammlung vom 30. Januar 1930 sind auf Anregung der Handwerkskammer zu Berlin die Kostgeldsätze für die Lehrlinge wie folgt festgesetzt:

im 1. Lehrjahre	Rm. 4,—
im 2. Lehrjahre	Rm. 6,—
im 3. Lehrjahre	Rm. 9,—
im 4. Lehrjahre	Rm. 14,—

Die Zahlungsverpflichtung hierfür beginnt erstmalig am 7. oder 8. Februar 1930.

## Die Körperpflege und die Leibesübungen auf der Internationalen Hygiene-Ausstellung Dresden 1930.

Die Hygiene hat sich gewandelt, ihr Inhalt ist nicht mehr hauptsächlich die Abwehr von Gesundheits-schäden, insbesondere die Abwehr von Krankheits-erregern, sondern sie wendet sich in viel stärkerem Maße heute wieder der tätigen Förderung der Gesundheit zu. Die beiden wichtigsten Mittel, aktiv die Gesundheit zu fördern, sind außer einer richtigen Ernährung, eine planmäßige Körperpflege und planmäßige Körperbewegungen. Diese beiden Mittel der Gesunderhaltung sind in den letzten Jahrzehnten noch besonders wichtig geworden, weil wir Großstädter in unserer Berufsarbeit zu wenig Bewegung und zu wenig Hautreize (Licht und Luft) genießen. Körperpflege und Leibesübungen sollen uns diese Lebensreize wieder zuführen und da verhältnismäßig geringe Zeit neben der Berufsarbeit hierfür zur Verfügung steht, in konzentrierter Form. Diese Erkenntnisse der Wissenschaft gilt es nun auf der „Internationalen Hygiene-Ausstellung Dresden 1930“ den Besuchern eindringlich vorzuführen, und zwar das „Warum“ und das „Wie“ der Körperpflege und der Leibesübungen. Zunächst das „Warum“. Der Besucher wird durch einen Raum geführt, der in zusammengefaßter Weise seine Welt darstellt. Das Dichtgeflimmer der abendlichen Großstadt und ihr Lärm, die Unruhe unseres ganzen Lebens, die Luftabgeschlossenheit dazu, werden ihn für kurze Zeit noch einmal drastisch umgeben. Er gelangt nach diesem Raum in einen friedlichen Gartenhof, der mit Luft, Sonne, Wasser und heiterer Ruhe ihn umfängt. Und nun wird ein Privatvortrag über die Haut und ihre Bedeutung für unsere Gesundheit gehalten, aber nicht in trockener Wissenschaftlichkeit, sondern in großen Modellen und glühenden Farben. An Apparaten soll studiert werden, wie muß ich mich abrupeln, wie muß ich meine Haut massieren und waschen und ölen, wie muß ich sie in Sonne und Luft baden, auf daß ich jung und schön werde und bleibe, aber auch arbeits- und leistungsfähig. Hand-pflege, Haarpflege, Rasieren, alles kann in dieser Abteilung gelernt werden. Zur täglichen Körperpflege gehört natürlich noch die Zahnpflege, das „Warum“ und „Wie“ des Zahnpulvers bildet deshalb den Beschluß. Aber noch nicht den letzten Schluß, zunächst ein Intermezzo: wie machen es die Eskimos, daß ihre Haut sauber bleibt, wie macht es der Araber in der Wüste? Was haben die alten Kulturvölker, Chinesen und Japaner für die Gesundheit der Haut getan und was tat und tut der russische Bauer dafür? Das wollen wir den leider so hochmütigen Europäern, die immer glauben, der Weisheit letzten Schluß entdeckt zu haben, vor Augen führen, damit sie erkennen, es geht nie und nirgends und es ging nie und nirgends ohne eine systematische Körperkultur. „Repetitio est mater studiorum“ im letzten Raum wird deshalb noch einmal repetiert. An einem 12 Meter langen Kulissenmodell läuft auf Hebeldruck der Tageslauf des idealen und normalen Menschen ab, vom Morgen bis Abend, von Bett zu Bett.

Das war das Turnen der Haut, denn wahre Hautpflege ist immer Hautübung. Nun kommt das Turnen der Glieder. Ganz auf dem Holzwege ist natürlich, wer da meint, es turnten die Knochen, Gelenke, Bänder und Muskeln, wenn wir laufen, springen, Ballwerfen. Es turnen immer das Herz, die Lungen, die Nieren und nicht zu vergessen, das Gehirn mit. Diese Weisheit sollen die ersten Abteilungen der Gruppe Leibesübungen den Besuchern zeigen. Zugleich wird hierbei natürlich wieder gesagt, warum wir uns in der Turn- und Gymnastikhalle oder auf dem Sportrasen tummeln müssen, weil eben unser ganzer Körper solche anregende Übungen braucht. Nicht daß wir üben ist aber schon der letzte Fortschritt, sondern daß wir richtig üben und daß wir für die Sauberkeit und Hygiene der Sportstätte bedacht sind. Die Technik und Methodik der Leibesübungen, der richtige Übungsstättenbau, die Grünflächenpolitik, das Sportarztwesen erscheinen deshalb auch in dieser Halle. Leibesübungen sind, wenn sie gut betrieben werden, immer ein Bestandteil der Kultur. Die geschichtliche Abteilung soll es beweisen, daß keine Geisteskultur ohne Körperkultur möglich ist. Von diesem Satz gilt auch die Umkehrung. Und nun marschieren mit ihren Millionen die großen Verbände auf. Der Reichsausschuß für Leibesübungen, die Zentralkommission für Arbeiter-sport und Körperpflege und zwischen beiden die Abteilung „Sport in der öffentlichen Meinung“, Sport in der Presse, im Film, im Rundfunk, in der Fachpresse, im Buch, auf der Bühne, in der Karikatur. Doch die Ausstellung Leibesübungen wird nicht nur von den Leibesübungen reden, sondern und das ist was ganz Neues, sie wird die Leibesübungen selbst sprechen lassen. Die Halle ist hufeisenförmig um einen großen 150 Meter langen Spielplatz gebaut. Die Wände nach dem Spielplatz zu bestehen aus Glas. Auf dem Spielplatz aber werden den ganzen Tag Jungen und Mädels, Kinder und Erwachsene sich in den verschiedensten Übungen tummeln, so daß jeder Besucher Theorie und Praxis ständig vor Augen hat, er braucht nur einmal hinein in die Halle und hinaus auf den Spielplatz zu schauen.

## Sommerkurs 1930 auf der Volkshochschule Coburg b. Schwäbisch-Hall (Württ.).

Zeit vom 1. November 1929 weilen die Teilnehmer am Winterkurs, der bis Ende Februar 1930 dauern wird, an Volkshochschulheim Coburg. Sie sind aus allen Teilen Deutschlands, aus Luxemburg und Island gekommen und arbeiten eifrig an den Arbeitsgemeinschaften und Studiengruppen der verschiedensten Unterrichtsgebiete mit. Es herrscht, trotzdem alle Richtungen der Arbeit vertreten sind, eine feine Kameradschaftlichkeit des gemeinsamen Strebens und Kampfens. Fast allen dauert der Kurs nicht lange genug, weil während der Arbeit der Stoff immer mehr zu wachsen scheint.

Der einmündigen Teilnehmer für arbeitslose Jugendliche wird vom 23. April bis 8. August 1930 der Sommerkurs stattfinden, und zwar für Arbeiter und Angestellte.

Der Unterricht für den drei im Heim wohnende Schüler und mehrere Geschlechter zur Verfügung stehen, ist auf folgende Gebiete:

- 1. Betriebslehre, Grundfragen der Politik, Arbeitsrecht;
- 2. Fragen der Weltanschauung und der Psychologie;
- 3. Fragen der bildenden Kunst, Tüchtigung, Musik und Kochkunst;
- 4. Vorträge im mündlichen und schriftlichen Gelehrten der Sprache;
- 5. Betriebslehrefragen.

Alter: mindestens 18 Jahre.

Kosten: Mark 250,- für den Kurs, Unterkunft und Verpflegung inbegriffen. Teil und Vollfreistellen stehen zur Verfügung.

Weldung: mit Lebenslauf und Darlegung der geistigen Interessen bis 1. April an die Volkshochschule Coburg bei Schwäbisch-Hall.

### Aus den Ortsvereinen.

Berlin-Königsstadt. Am 15. Februar konnte unser Ortsverein auf ein 60-jähriges Bestehen zurückblicken. Falsch, aber in würdiger Weise wurde der Tag gefeiert. Unter Vorsitzender, Kollege Fritz Weigt wies in seiner Einführungswort auf das im Saal aufgestellte Gedenkmal hin, das heute vor 37 Jahren, also vor 27-jähriger Gründungsjahr von den Damen des Ortsvereins gestiftet worden sei. Dies sei ein klarer Beweis für die Tatsache, daß der Familienfuss in unserem Ortsverein immer eine hervorragende Rolle gespielt habe, und daß bei uns allezeit neben der Förderung des Tages auch die Gerechtigkeit gepflegt worden sei, daß sich gewissermaßen der ganze Ortsverein als eine große Familie fühle. Nach diesen Einleitungsworten wurde dann ein vom Kollegen Hippe verfaßter Festvortrag von Fraulein Margarete Gebauer in schöner und eindringlicher Form zum Vortrag gebracht. Dieser Vortrag zeichnete ein Bild in allegorischer Form: Die aus der Nacht der Unschicklichkeit die deutschen Gewerksvereine als leuchtender Stern aufstiegen und dem Arbeiter Licht und Freiheit brachten. Der Ortsverein Königsstadt, als Teil des Ganzen, steht bei den Kämpfen immer in den ersten Reihen. Auch solche Stunden der Freude werden ihm zuteil. Beim Gedenken der dahingegangenen Gründer des Ortsvereins werden ihre Taten gebriefen und bewundert. Von ihrem Geiste durchdrungen, zur Macheiferung empfohlen. Minute: Das Gelöbnis, weiter zu bauen an dem Werk der Mütter, auf daß ein späteres Geschlecht, das maleinigt mit derelben Ehrgefühl von uns spricht, wie wir heute von den Gründern und Förderern unseres Ortsvereins sprechen.

Sodann hielt Kollege Schumacher die Festrede. Es ist schade, daß der Raum, der uns hier zur Verfügung steht, begrenzt ist; denn die Rede wäre es wert, in allen ihren Einzelheiten, ohne die geringste Kürzung veröffentlicht zu werden. Als der Redner die Gründungsgeschichte des Vereins schilderte, wie er mit seiner Redekunst gewaltigen den Geist jener Tage herauf beschwor, da war es tatsächlich jedem von uns, als ob all die alten Namen wieder unerschütterlich unter uns weilten; und mit hochendem Herzen und leuchtenden Augen folgte jeder andächtig den Worten. Wie der Verein am 26. Februar 1871 bereits 70 Mitglieder aufwies, wie dann am 5. März der Ausschuss gewählt wurde, mit welcher Energie und mit welcher Gedankenfülle man auch vor großen, selbstgeleiteten Aufgaben, wie: Eigene Sparkasse, Invalidentafel etc. nicht zurückwich. Manchmal klang auch eine Note an die den praktischen Sinn und die Gewissenhaftigkeit der Mütter von damals uns in ziemlich trüblicher Form entgegen. Wie z. B. bei dem Ausschuss, der der Kassierer für jede Kasse eine Kautionsleistung von 100 Mark stellen mußte. Dies ist doch sicher, in den letzten Jahrzehnten umgerechnet, eine recht respektable Summe. Auch der Beschluß, daß jedes Mitglied in den

Versammlungen je einen Gast mitbringen durfte, für dessen Wohlverhalten das einführende Mitglied aber verantwortlich gemacht wurde, mutet uns heute wohl etwas komisch an. Auch der Tod Walbeds (14. März 1870), sowie dessen Leichenbegängnis, bei dem der Ortsverein vertreten war, wird in den Protokollen erwähnt. Am 11. Juni 1870 streikten nach den Protokollen die Leistenbergolder und wurde für diese durch Sammlung der Betrag von 2 Talern, 13 Silbergroschen und 9 Pfennigen aufgebracht. Einen besonderen Abschnitt bildet dann der Krieg, der bekanntlich am 18. Juli 1870 zum Ausbruch kam. Damals schon, in dem jungen, kaum einhalb Jahr alten Ortsverein, daselbst wie wir es 1914 taten: Auf alle Vorstandsentscheidungen wird für die Dauer des Krieges verzichtet. Unterstützungen an Kriegesfrauen und Arbeitslose. Jede Kriegesfrau erhielt einen Taler, jedes Kind 10 Silbergroschen. Für wie lange Zeit diese Summen ausreichen mußten, ist nicht festzustellen. Gefallen sind 2 Kollegen, Boswau und H. Schmidt. In allen Dokumenten und Protokollen tauchen immer wieder die Namen auf: Liebcher, Gabel, Marzinger, Waldbow, Milke und Richter. Sie sind wohl als die Gründer unseres Ortsvereins im engeren Sinne anzusehen. Auch der Kampf mit den Gegenorganisationen setzte gar bald ein. Am 5. September 1871 berief Liebcher ein: öffentliche Tischlerversammlung nach den Sophienböden ein, in welcher dann von der Gegenseite taudankt wurde, bis die Versammlung durch Liebcher geschlossen werden mußte. Auch die Wohnungsnot taucht in den Protokollen auf. Scharfe Resolutionen werden gefaßt für die Schaffung von „Einigungsämtern“. Am 25. November 1871 (nicht 1918). Immer wieder muß man bewundern, wie weitsehend jene Männer damals waren.

## Wer den Fortschritt will,

wer Liebe zu seinen Nächsten hat,  
wer Unterdrückung abschütteln will,  
wer als gleichberechtigter Staatsbürger gelten will und wer seine Organisation lieb hat und sie zu schätzen weiß, der wirbt ohne Unterlass für seine Berufsorganisation,

## den Gewerkverein der Holzarbeiter Deutschlands (H.-D.)

Noch einmal ist in den Protokollen von Wohnungsnot die Rede. Am 20. Januar 1894 hielt der damalige Vorsitzende des Verbandes der deutschen Gewerksvereine Karl Goldschmidt im Ortsverein Königsstadt einen Vortrag über Wohnungsnot in Berlin. Bemerkenswert sind hierbei folgende Zahlen: In Berlin wohnen (1894) 100 000 Menschen in Kellern. Ebenso viel wohnen als Schlafburgen. Etwa 75 Prozent aller Wohnungen bestehen aus nur einem Zimmer. 69 Prozent aller Kleinwohnungen sind als überbevölkert nachgewiesen. Große Wohnungen dagegen stehen leer. Dazu muß ein Arbeiter 33 1/3 Prozent seines Arbeitsverdienstes für Miete aufwenden. Der Mittelstand hingegen nur 20 Prozent seines Einkommens und die oberen Schichten kaum 10 Prozent und weniger.

1895 war dann das erste Vierteljahrhundert vollendet. Viele Mitglieder von heute haben dieses Fest schon miterlebt. Senior unseres Ortsvereins ist heute unser allverehrter Herrmann Feist mit seinen 52 Jahren Mitgliedschaft. Das nächstälteste Mitglied ist Otto Boed. Auch ihm schmückt schon das goldene Eichenlaub als Zeichen, daß er die 50-jährige Mitgliedschaft überschritten hat. Dies aus der Vereinsgeschichte. Und das Resümee: Die Gründer der deutschen Gewerksvereine haben seinerzeit ein System aufgebaut, das bis auf den heutigen Tag noch nicht der geringsten Korrektur bedurfte. Sie waren die Ersten, die für Verhandlungen mit den Arbeitgebern eintraten; und zwar vor dem Streik. Sie haben schon 1868 Gleichberechtigung, Vereinbarungen, Schiedsgerichte eingeführt. Sie waren die Ersten, die ein Unterstützungs-system einführten. Sie haben von vornherein politische und religiöse Zugehörigkeit in der Gewerkschaftsbewegung für neutral erklärt. Was bisher an praktischen Erfolgen erreicht worden ist, waren schon vor über 60 Jahren die Forderungen der deutschen Gewerksvereine.

Und die anderen Richtungen? Sie predigten den Klassenkampf auch in den Gewerkschaften. Unterstützungen, Tarifverhandlungen, Schiedsgerichte etc. bezeichneten sie Jahrzehnte hindurch als „Gefühlsduselei“. Wechselten oftmals ihre Taktik, bekämpften sich innerlich ihrer eigenen Reihen (auch damals schon) gegenseitig und kamen dann nach Jahrzehnten erst dahin, wo wir schon 1868 gestanden haben. Man wurde dann auch Anhänger des Unterstützungswesens, der Tarifverträge. Das Wort „Gefühlsduselei“ wurde aus ihrem Sprachschatz ausgemerzt. Alle diese Einrichtungen werden jetzt als aus eigenem Geist entsprungen hingestellt. Ueber die Tatsache, daß man heute für richtig hält, was man Jahrzehnte lang

bekämpft hat, leitet man einfach einen Phrasenschwall, und wer in ihren Reihen die Wahrheit aus eigenem Wissen nicht kennt, und auch sonst nicht angetrunkelt ist von des Gedankens Blässe, der glaubt es; und wer es weiß der tut so, als ob er es nicht wisse.

Wir aber können und wollen stolz sein auf unsere Vergangenheit. Ueber 50 Millionen Mark sind im Laufe der Jahre von unseren Hauptkassen gezahlt worden an Unterstützungen etc. Ohne Ueberhebung läßt sich wohl sagen: Mögen wir quantitativ schwächer sein, in der Qualität reicht keiner an uns heran. Darum: 60 Jahre Pionierarbeit liegen hinter uns; mit Genugtuung können wir zurückblicken. Und für die Zukunft: Einig bleiben im Wollen und Handeln. Gegenseitig Beistand leisten. Allorts den rechten Mann am rechten Platz, stets Augen und Ohren offen halten, und alle andern werden auch weiter mit der größten Anstrengung nicht das zuwege bringen, was wir spielend vermögen. Lang anhaltender Beifallsturm war das Echo der Anwesenden.

Nach dem offiziellen Festakt setzte sodann die Fidelität ein. Musik, Vorträge und Einlagen mancherlei Art brachte die Stimmung bald auf den Höhepunkt. Wenn das Fest zuende war? Rates mal? Jedenfalls wird dieser Tag allen Beteiligten für alle Zeit in Erinnerung bleiben.

H. Hippe, Schriftführer.

Weißenhorn. Der Ortsverein hielt am Sonntag, den 2. Februar 1930 im Lokal zum „Lamm“ seine Generalversammlung ab. Vorsitzender Kollege Riß eröffnete die Versammlung, begrüßte den Kollegen Rieger, Bezirksleiter vom Gewerksverein der Metallarbeiter, in Augsburg, den Bezirksleiter Kollegen Klopfer von Ulm, sowie sämtliche erschienenen Kollegen und gibt folgende Tagesordnung bekannt: 1. Protokoll. 2. Jahres- und Kassenbericht. 3. Versicherungsgesetz und Bericht von den Verhandlungen vor dem Sozialministerium in München. 5. Vortrag von Kollegen Rieger über Organisation und Agitation. Zu 1. wird das Protokoll der letzten Generalversammlung verlesen und ohne Einwendung angenommen.

Zu 2. erstattet der Kassierer Kollege Schid den Jahresbericht. In warmen und anerkennenden Worten gedenkt Kollege Schid des schweren Verlustes im letzten Jahre, durch den Tod des Kollegen Barnholt, ermahnt die Kollegen, treu zur Fahne zu halten, deren Bestiz wir zum großen Teile dem Kollegen Barnholt zu verdanken haben. Die Anwesenden erheben sich zum Zeichen des Gedenkens von den Sigen. Vorsitzender Kollege Riß gibt den Tätigkeitsbericht der Vorstandschafft, in dem besonders die gut besuchten Veranstaltungen hervorzuheben sind und nimmt besonders Bezug auf die Versammlung vom 13. Oktober, in der Hauptvorstand Kollege Schumacher anwesend war, und den neuen Bezirksleiter, Kollegen Klopfer einführte. Punkt 3. Neuwahl ergab folgendes Resultat: zum 1. Vorsitzenden wurde Kol. Riß wiedergewählt, zum 2. Vorsitzenden der Kollege Prezel, zum Kassierer wurde der Kollege Schid wiedergewählt, zum Schriftführer Kollege Schmeighardt. Zu 5. hält Kollege Klopfer einen Vortrag über das Arbeitslosenversicherungsgesetz. In allgemeinverbindlicher und ausführlicher Weise erläutert Redner die einzelnen Paragraphen des Gesetzes und macht die Kollegen auf die wichtigsten Bestimmungen aufmerksam, damit jeder Kollege, der davon betroffen wird, weiß was er zu tun hat. Die gestellten Anfragen werden vom Referenten zur Zufriedenheit beantwortet. Zu 5. hält Kollege Rieger einen Vortrag über Organisation und Agitation, erläutert den Kollegen die Vorteile der Organisation und ermuntert die Anwesenden zu reger Mitarbeit im Interesse unserer Gewerkschaftsbewegung. Die hierbei gestellten Anfragen werden von Kollegen Rieger zufriedenstellend beantwortet. Vorsitzender kann um 6.30 die gutbesuchte und schön verlaufene Versammlung schließen, mit dem Appell an sämtliche Mitglieder zu reger Mitarbeit.

Schweighardt, Schriftführer.

### Ortsverband Hagen i. Westf.

Mittwoch, den 26. Februar, 8 Uhr Vortrag des Diplom-Handelslehrers Döring über:

## „Die Volkswirtschaftslehre“

1. Der Güterumlauf.
2. Geld und Kredit.

Mittwoch, den 5. März, 8 Uhr

## „Das Einkommen und seine Arten“.

Die Vorträge finden statt in der Kaufmannsschule.

Dieser „Eiche“-Sendung liegt das Inhalts-Verzeichnis für das Jahr 1929 bei,

Werbe jeder für den Gewerksverein!